

Stuttgart, 08.07.2019

Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Stuttgart (AWS), Jahresabschluss 2018

Beschlussvorlage

Vorlage an	zur	Sitzungsart	Sitzungstermin
Betriebsausschuss Abfallwirtschaft Gemeinderat	Vorberatung Beschlussfassung	öffentlich öffentlich	17.07.2019 18.07.2019

Beschlussantrag

1. Der Gemeinderat stellt den Jahresabschluss 2018 fest mit:

€

einer Bilanzsumme von 135.038.373,32

davon entfallen auf der Aktivseite auf

- das Anlagevermögen	91.359.061,62
- das Umlaufvermögen	20.493.186,41
- die Rechnungsabgrenzungsposten	23.186.125,29

davon entfallen auf der Passivseite auf

- die Rücklagen	13.476.984,89
- den Verlustvortrag	175.529,24
- die Rückstellungen	69.400.248,16
- die Verbindlichkeiten	52.284.243,27

Die Erträge betragen 121.880.457,66

Die Aufwendungen betragen 122.448.373,43.

Somit beträgt der Jahresverlust 567.915,77.

Finanzierungsmittel für den Haushalt der Stadt nach § 14 Abs. 3 EigBG sind nicht vorgesehen.

2. Das Ergebnis des Betriebsbereiches „Mineralische Deponie“ in Höhe von 591.013,86 € wird zu Lasten der allgemeinen Rücklage der zweckgebundenen Rücklage zugeführt und zur Finanzierung von Investitionen entsprechend dem jeweiligen Vermögenspla-

nes entnommen. Entsprechend werden 257.417,63 € zu Lasten der zweckgebundenen Rücklage entnommen.

3. Der Jahresverlust in Höhe von 567.915,77 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.
4. Die Betriebsleitung wird für das Wirtschaftsjahr 2018 entlastet.
5. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG AG, Stuttgart wird beauftragt, den Jahresabschluss 2019 des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft Stuttgart zu prüfen.

Kurzfassung der Begründung

Der Jahresabschluss 2018 des AWS ist gemäß den gesetzlichen Vorschriften und der Satzung erstellt worden.

Über den Jahresabschluss des AWS gibt der Bericht der Prof. Dr. Binder, Dr. Dr. Hillebrecht & Partner GmbH mit Bestätigungsvermerk vom 10.5.2019 entsprechend Auskunft. Die örtliche Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt ergab keine Anhaltspunkte, die der Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2018 gemäß § 16 Abs. 3 EigBG und der Entlastung der Betriebsleitung für 2018 entgegenstehen.

Finanzielle Auswirkungen

keine

Mitzeichnung der beteiligten Stellen:

Referat Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungen

Vorliegende Anfragen/Anträge:

keine

Erledigte Anfragen/Anträge:

keine

Dirk Thürnau
Bürgermeister

Gerhard Knobloch
(in Vertretung)

Anlagen

- Anlage 1: Ausführliche Begründung
- Anlage 2: Bilanz 2018
- Anlage 3: Gewinn- und Verlustrechnung 2018
- Anlage 4: Lagebericht 2018
- Anlage 5: Anhang 2018
- Anlage 6: Erfolgsplanvergleich 2018
- Anlage 7: Vermögensplanabrechnung 2018
 - a) Einnahmen
 - b) Ausgaben

Nur für den Betriebsausschuss Abfallwirtschaft Stuttgart:

- Bericht über die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2018 des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft Stuttgart (AWS), Stuttgart
- Bericht der Prof. Dr. Binder, Dr. Dr. Hillebrecht & Partner GmbH über den Jahresabschluss zum 31.12.2018 mit Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang und Lagebericht

1. Allgemeines

Der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Stuttgart wird nach dem Beschluss des Gemeinderates vom 7.12.2000 als Eigenbetrieb im Sinne des § 102 GemO BW geführt.

Der Jahresabschluss des AWS wurde nach den Vorschriften des HGB für große Kapitalgesellschaften unter Berücksichtigung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) und den Bestimmungen des EigBG BW über die Gliederung und den Ausweis der Posten der Bilanz aufgestellt.

Der Jahresabschluss 2018 wurde von Prof. Dr. Binder, Dr. Dr. Hillebrecht & Partner GmbH geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Die örtliche Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt ergab keine Anhaltspunkte, die der Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2018 gemäß § 16 Abs. 3 EigBG und der Entlastung der Betriebsleitung für 2018 entgegenstehen.

Die ausführlichen Berichte der Prof. Dr. Binder, Dr. Dr. Hillebrecht & Partner GmbH und des Rechnungsprüfungsamtes werden den Mitgliedern des Betriebsausschusses Abfallwirtschaft zur Verfügung gestellt.

2. Erläuterungen zum Jahresabschluss

2.1 Bilanz zum 31. Dezember 2018 (siehe Anlage 2)

Die Bilanzsumme des AWS betrug zum 31.12.2018 rd. 135,0 Mio. € (i. V. rd. 142,1 Mio. €).

Auf der Aktivseite betragen die Immateriellen Vermögensgegenstände rd. 593 T€ (i. V. rd. 738 T€) und das Sachanlagevermögen rd. 37,4 Mio. € (i. V. rd. 39,1 Mio. €). Die Aufteilung der Zugänge auf die einzelnen Betriebsbereiche lautet wie folgt:

	T€
Fahrbetrieb	2.730
Abfallentsorgung	1.084
Straßenreinigung und Winterdienst	623
Mineralische Deponie	257
Werkstatt	83
Öffentliche Toilettenanlagen	23

Im Wesentlichen betreffen die Zugänge für den Fahrbetrieb die Anschaffung von Kraftfahrzeugen sowie An- und Aufbausysteme. Die wesentlichen Zugänge im Betriebsbereich Abfallentsorgung betreffen Zugänge im Zusammenhang mit der Überplanung der Betriebsstellen Gingener Straße und Burgholzstraße (rd. 258 T€) sowie die Planung der Bioabfallvergärungsanlage (rd. 137 T€). Im Bereich Straßenreinigung/Winterdienst betreffen rd. 137 T€ das geplante Salzlager im Vogelsang sowie mit rd. 89 T€ den Bau von Salzsiloanlagen. Die wesentlichen Zugänge im Bereich Mineralische Deponie betreffen mit rd. 77 T€ Außenanlagen und mit 66 T€ den dritten Ausbauabschnitt der Deponie

Das Finanzanlagevermögen beträgt rd. 53,3 Mio. € (i. V. rd. 51,4 Mio. €). Die Veränderung resultiert aus einer Ausschüttung bei gleichzeitiger Wiederanlage in Höhe von 2.750 T€ sowie einem Verkauf zu Gunsten des Betriebsmittelkontos in Höhe von rd. 788 T€ Buchwert. Dabei wurden stille Reserven in Höhe von rd. 62 T€ realisiert. Die Zusammensetzung richtet sich nach den Anlagerichtlinien der LHS. Der Marktwert zum 31.12.2018 betrug rd. 56,8 Mio. €.

Das Umlaufvermögen beträgt rd. 20,5 Mio. € (Vorjahr rd. 23,8 Mio. €). Die Verminderung resultiert im Wesentlichen aus einer Verringerung des Betriebsmittelkontos um rd. 6,2 Mio. €, während sich die Forderungen/sonstige Vermögensgegenstände um rd. 2,8 Mio. € erhöhten.

Der Bilanzposten Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von rd. 23,2 Mio. € (Vorjahr rd. 27,1 Mio. €) enthält im Wesentlichen die Vorauszahlung an die EnBW. Der ursprüngliche Vorauszahlungsbetrag in Höhe von 77.256.000 € wird jährlich entsprechend der Laufzeit des Verbrennungsvertrages um 1/20 des Betrages, d.h. 3.862.800 € aufwandswirksam aufgelöst.

Das Eigenkapital beträgt zum 31.12.2018 rd. 13,3 Mio. € (Vorjahr rd. 13,9 Mio. €).

Rückstellungen werden in Höhe von rd. 69,4 Mio. € (Vorjahr rd. 66,9 Mio. €) ausgewiesen. Davon betreffen rd. 7,2 Mio. € Pensionsrückstellungen (Vorjahr rd. 7,1 Mio. €), rd. 443 T€ Steuerrückstellungen (Vorjahr rd. 443 T€) und rd. 61,8 Mio. € (Vorjahr rd. 59,4 Mio. €) sonstige Rückstellungen.

Die größten sonstigen Einzelrückstellungen stellen dabei die Deponierückstellungen (rd. 56,4 Mio. €) und die Rückstellungen im Personalbereich (rd. 4,4 Mio. €) dar.

Die Verbindlichkeiten betragen rd. 52,3 Mio. € (Vorjahr rd. 61,4 Mio. €).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betragen rd. 29,7 Mio. € (Vorjahr rd. 33,9 Mio. €) und resultieren aus dem o. g. Schuldscheindarlehen aufgrund des Verbrennungsvertrages.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betragen rd. 7,0 Mio. € (Vorjahr 6,7 Mio. €). Der größte Einzelposten ist die Verbindlichkeit gegenüber der EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Stuttgart in Höhe von rd. 4,6 Mio. €.

Bei den sonstigen Verbindlichkeiten handelt es sich um Gebührenüberschüsse aus den Jahren 2014 - 2018 in Höhe von rd. 15,6 Mio. €.

2.2 Gewinn- und Verlustrechnung vom 1.1. – 31.12.2018 (siehe Anlage 3)

Der Jahresverlust in Höhe von 567.915,77 € resultiert aus den Ergebnissen der jeweiligen Betriebsbereiche:

	€
Straßenreinigung/Winterdienst	- 1.783.406,66
Abfallentsorgung	175.854,85
Mineralische Deponie	591.013,86
Öffentliche Toilettenanlagen	- 97.090,52
Fahrbetrieb	987.977,94
Werkstatt	-442.265,24

Die Aufteilung der Erträge und Aufwendungen auf die sechs Betriebsbereiche ist im Lagebericht (Anlage 4) aufgeführt. Diese Tabelle entspricht gleichzeitig den Mindestanforderungen des Formblattes 5 EigBVO.

Die Umsatzerlöse betragen rd. 117,2 Mio. € (i. V. rd. 112,4 Mio. €) und beinhalten die Auflösung/Zuführung der Gebührenüberschüsse in Höhe von rd. 5,1 Mio. €. Die Gebührenüberschüsse 2018 betragen rd. 3,3 Mio. €. Die Müllgebühren haben sich aufgrund der für 2018 beschlossenen Restmüllgebührenerhöhung (durchschnittlich 4,7 %) von rd. 48,9 Mio. € auf rd. 51,8 Mio. € erhöht. Die Gehwegreinigungsgebühren haben sich ebenfalls aufgrund der vorgenommenen Gebührenerhöhung von rd. 1,6 Mio. € auf rd. 1,6 Mio. € erhöht. Die Erlöse gegenüber der LHS betragen rd. 8,7 Mio. € (i. V. rd. 7,9 Mio. €). Die Erhöhung resultiert daraus, dass das Ergebnis des Fahrbetriebs in Höhe von rd. 988 T€ zur Stärkung der EK-Basis nicht an den Stadthaushalt abgeführt werden musste.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen in Höhe von rd. 1,4 Mio. € (Vorjahr rd. 557 T€) sind 540 T€ aus einem Rechtsstreitvergleich, 395 T€ aus der Auflösung von Rückstellungen sowie 124 T€ Gewinne aus Anlagenabgängen, enthalten.

Der gesamte Materialaufwand beträgt im Berichtsjahr rd. 60,5 Mio. € (Vorjahr rd. 58,4 Mio. €). Der größte Posten sind Entsorgungs- und Verwertungsleistungen in Höhe von rd. 44,7 Mio. € (Vorjahr rd. 43,8 Mio. €).

Der gesamte Personalaufwand (incl. sozialer Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung) beträgt 2018 rd. 43,2 Mio. €. (Vorjahr rd. 40,9 Mio. €). Der durchschnittliche Personalbestand betrug 2018 820,1 Personen (Vorjahr 796,6). Hauptursache für den gestiegenen Personalbestand ist die flächendeckende Einführung der Biotonne bzw. das Projekt „Sauberes Stuttgart“.

Die Abschreibungen auf das Anlagevermögen betragen rd. 6,6 Mio. € (Vorjahr rd. 6,8 Mio. €).

Die Aufteilung der Abschreibungen des Anlagevermögens auf die einzelnen Betriebsbereiche lautet wie folgt:

	T€
Fahrbetrieb	4.724
Abfallentsorgung	866
Straßenreinigung/Winterdienst	625
Werkstatt	121
Mineralische Deponie	209
Öffentliche Toilettenanlagen	49

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen rd. 7,1 Mio. € (Vorjahr rd. 6,7 Mio. €). Den größten Anteil in diesem Posten haben die stadtinternen Leistungsverrechnungen mit rd. 3,5 Mio. € (Vorjahr rd. 3,2 Mio. €).

Die Erträge aus anderen Wertpapieren betreffen in Höhe von rd. 2,75 Mio. € die Ausschüttung aus dem Spezialfonds sowie in Höhe von 62 T€ die Realisierung stiller Reserven aus dem Verkauf von Fondsanteilen zugunsten des Betriebsmittelkontos.

Die Zinserträge 2018 betragen rd. 400 T€ und betreffen die Abzinsung von Rückstellungen.

Die Zinsaufwendungen 2018 betragen rd. 4,9 Mio. € und beinhalten rd. 1,3 Mio. € Zinsen aufgrund des Schuldscheindarlehens im Zusammenhang mit dem Verbrennungsvertrag und rd. 3,6 Mio. € Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen gemäß der Bewertung nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz. Davon betreffen rd. 3,3 Mio. € die Aufzinsung der Deponierückstellungen. Diese hohen Zinsaufwendungen resultieren zum einen aus der langen Laufzeit der Deponien (Nachsorgephase teilweise bis 2068) und aus dem der Aufzinsung zugrunde liegenden weiter gesunkenen Zinssatzes. Hier wirkt sich das seit Jahren anhaltende extrem niedrige Zinsniveau deutlich aus.

Im Berichtsjahr wurden Gebührenüberschüsse im Bereich Abfallwirtschaft in Höhe von rd. 3,3 Mio. € erzielt.

Die Auflösungen aus den Gebührenüberschüssen Abfallwirtschaft, mineralische Deponie und Gehwegreinigung betragen 2018 insgesamt rd. 8,5 Mio. €.

Der Jahresverlust 2018 beträgt 567.915,77 €.